



Gero Maass und Freya Grünhagen

¡Claro, que sí!

Spaniens Einwanderungspolitik –
ein Modell für Europa?

politik für europa
#2017plus

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

politik für europa

#2017plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung »Politik für Europa«. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autor_innen dieser Ausgabe

Dr. Gero Maass leitet seit 2016 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid. Davor leitete er das Büro der FES für die nordischen Länder mit Sitz in Stockholm und die Referate Internationale Politikanalyse und Westliche Industrieländer der FES in Berlin sowie die Büros London und Paris.

Freya Grünhagen arbeitet seit 2015 als Länderreferentin für Frankreich, Spanien, Italien und Portugal in der FES Berlin und ist im Referat Westeuropa/Nordamerika für die Querschnittsthemen Flucht, Migration und Integration sowie Rechtsextremismus zuständig.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Michèle Auga, Referatsleiterin Westeuropa / Nordamerika

Redaktion: Freya Grünhagen, Referentin Westeuropa/Nordamerika

Redaktionsassistent: Petra Maus

Inhalt

2	IN KÜRZE
2	IMMIGRATION UND WIRTSCHAFTLICHER BOOM: DIE FRÜHE PHASE DER EINWANDERUNG UND IHRE GRENZEN
3	DIE ZUSAMMENSETZUNG DER IMMIGRATION NACH HERKUNFTSLÄNDERN
3	DIE ZUSAMMENARBEIT DER SPANISCHEN UND MAROKKANISCHEN GRENZSCHUTZBEHÖRDEN
4	ÖFFENTLICHKEIT UND POLITISCHES SPEKTRUM
5	EIN AUSBLICK

IN KÜRZE

- Erst seit Mitte der neunziger Jahre erfolgt in Spanien nennenswerte Einwanderung, also rund 30 bis 40 Jahre später als in den nördlichen Ländern Europas. Deshalb befindet sich Spanien noch in einer relativ frühen Phase der Einwanderung.
- Der überwiegende Teil der Immigrant_innen stammte zunächst aus dem europäischen oder lateinamerikanischen Raum, weshalb – auch über die Sprache – eine kulturelle Nähe gegeben war, welche die Integration erleichterte. Bei der Immigration aus Marokko handelt es sich überwiegend noch um die erste Generation von Immigrant_innen.
- Bis zum Platzen der Immobilienblase 2007 korrelierte die hohe Einwanderungsrate in Spanien mit einem hohen Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften in Lohnsektoren, die keine besonderen Qualifikationen voraussetzen, insbesondere in der Bauwirtschaft, dem Tourismus sowie in Privathaushalten. Obwohl kaum reguliert, verlief die Integration in den Arbeitsmarkt deshalb weitgehend reibungslos.
- Von der Einwanderung Hunderttausender Flüchtlinge und Migrant_innen nach Europa im Sommer 2015 war in Spanien nur wenig zu spüren. Spaniens Attraktivität als Einwanderungsland hat sich seit Beginn der Finanzkrise aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Grenzen gehalten. Darüber hinaus wurde Immigration aus Westafrika durch die Kooperation mit marokkanischen Grenzschutzbehörden weitgehend gedrosselt.
- Im Hinblick auf eine restriktive Handhabung der wirtschaftlich motivierten Einwanderung besteht in Spanien in den letzten Jahren weitgehend Konsens.
- Diese relative Stabilität erscheint durch die Unruhen im marokkanischen Rif-Gebirge und eine zunehmende Verlagerung transmediterrane Migrationsrouten an die spanische Küste gefährdet. In der Folge könnte sich Spanien künftig vor vergleichbare Herausforderungen gestellt sehen wie bisher Italien oder Griechenland. Es ist nicht absehbar, inwiefern Spaniens einwanderungspolitische Ansätze der Vergangenheit auch diesen Herausforderungen gewachsen sein werden.

Bis zum Beginn der achtziger Jahre war Spanien weniger ein Ein-, sondern vielmehr ein Auswanderungsland. Erst seit 1981 steigt die Zahl der Einwanderer schneller als die der Auswanderer. Auch dann nahm der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung zunächst nur langsam zu; 1996 lag er noch bei rund 1,3 Prozent. Seit Mitte der neunziger Jahre jedoch, und dann vor allem im Zuge des Wirtschaftsbooms

während des ersten Millenniumsjahrzehnts, stieg er rasant auf über 12 Prozent an. Viele Jahre lang lag Spaniens Immigrationsrate bei dem Vierfachen der USA und dem Achtfachen Frankreichs. Im Zuge der Krisenjahre sank der Ausländeranteil wieder auf unter zehn Prozent; 2016 betrug er offiziell 9,5 Prozent. Tatsächlich jedoch liegt er weiterhin deutlich höher: Zum einen, weil ein Großteil der Immigrant_innen illegal eingereist war und deshalb statistisch nicht erfasst wurde; zum anderen, weil Einwander_innen aus der Ausländerstatistik herausfallen, sobald sie – zum Beispiel nach einer Heirat oder nach zehnjährigem legalem Aufenthalt – eingebürgert worden sind. Insgesamt ist Schätzungen zufolge davon auszugehen, dass Spanien bei einer Einwohnerzahl von 46,4 Millionen in einem Zeitraum von 15 Jahren ca. fünf Millionen Immigrant_innen aufgenommen hat, die heute 14 Prozent seiner Bevölkerung ausmachen.

Trotz der enormen Zuwanderung ist Spanien eines der wenigen EU-Länder, in dem es keine rechtspopulistische, anti-islamische oder ausländerfeindliche Partei oder Bewegung gibt – und dies, obwohl das bislang schwerste islamistische Attentat auf europäischem Boden 2004 in Spanien verübt wurde. Auch nach dem Attentat von Barcelona im August 2017 hat sich die offene Haltung gegenüber Muslimen kaum geändert. Kann man hieraus den Schluss ziehen, dass Spanien ein Beispiel für mehr oder weniger gelungene Integration oder zumindest für ein weitgehend konfliktarmes Zusammenleben zwischen Einheimischen und Immigrant_innen ist?

IMMIGRATION UND WIRTSCHAFTLICHER BOOM: DIE FRÜHE PHASE DER EINWANDERUNG UND IHRE GRENZEN

In den rund zehn Jahren zwischen der Mitte der neunziger Jahre und dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2006/7 gab es eine bemerkenswerte Korrelation zwischen demografischem und wirtschaftlichem Boom. Spanien erzielte 13 Jahre lang wirtschaftliche Wachstumsraten deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Nach der Einführung des Euro – und der damit verbundenen günstigen Kreditbedingungen – entwickelte sich die Bauindustrie zum führenden Wirtschaftszweig, begünstigt nicht zuletzt durch einen Mangel an Anreizen für Investitionen in die Produktion handelbarer Güter. Die fünf Millionen Immigrant_innen, die zwischen 1996 und 2006 nach Spanien kamen, waren in ihrer Mehrheit gering qualifiziert, konnten aber von der boomenden Bauindustrie problemlos absorbiert werden. 40 Prozent der Arbeitskräfte der Bauindustrie waren Migrant_innen, die nicht nur Wohnraum für sich selbst, sondern auch die Erst-, Zweit- und Ferienwohnungen – oder Spekulationsobjekte – für die Spanier bauten. Aufgrund der Spekulationsblase im Bau- und Immobiliensektor stiegen die Immobilienpreise – und mit ihnen die Löhne im Bausektor – kontinuierlich an. Selbst gering qualifizierte Arbeitskräfte konnten hier gut verdienen. Viele junge Spanier brachen deshalb sogar ihre Universitätsausbildung ab, um in der Bauwirtschaft zu arbeiten. Löhne von 3.000 Euro für Tätigkeiten mit niedrigen Qualifikationsvoraussetzungen waren keine Seltenheit. Auch

im Tourismus wurden niedrig qualifizierte Arbeitskräfte gesucht, ebenso wie in privaten Haushalten, in denen vor allem Migrantinnen aus Lateinamerika Arbeit fanden.

Der spanische Arbeitsmarkt war und ist für temporäre Beschäftigungsverhältnisse kaum reguliert. Die Immigrant_innen stießen auf der Suche nach Jobs also auf keine gesetzlichen oder regulatorischen Hürden. Die Beschäftigung war prekär, zeitlich begrenzt und sozial nicht abgesichert, aber gut bezahlt. In dem Bau- und Spekulationsboom, in dem sich weder die finanziellen Ressourcen noch die Nachfrage als Bremsen des Wirtschaftswachstums erwiesen, schien die Knappheit an Arbeitskräften der eigentliche Engpass zu sein. Der Zustrom an – vergleichsweise immer noch billigen – Arbeitskräften war damit sogar eine Voraussetzung für die hohen Wachstumsraten. Zugleich begünstigte er das Aufblähen der Immobilienblase, die 2007 schließlich platzen sollte.

Diese positiven wirtschaftlichen Integrationsbedingungen sind in Spanien heute nicht mehr gegeben. Vielmehr wurde gerade die erste Generation der Immigrant_innen von der Krise und der Arbeitslosigkeit besonders schwer getroffen. Heute wächst eine zweite Generation heran, die an den – relativen und vorübergehenden – wirtschaftlichen Erfolg ihrer Eltern nicht mehr anknüpfen können: Die Jugendarbeitslosigkeit lag in Spanien während der Krisenjahre bei skandalösen 50 Prozent. Bis zum Sommer 2017 war sie lediglich um gut zehn Prozent auf 39,2 Prozent gefallen, wobei die Arbeitslosigkeit junger Marokkaner_innen sogar bei über 75 Prozent liegt. Dass das Konfliktpotential wächst, wenn die Ansprüche auf Integration (auch in materieller Hinsicht) *auf Dauer* – das heißt über mehrere Generationen hinweg – frustriert werden, hat die Erfahrung in anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel Frankreich deutlich gezeigt.

Auch in Spanien sind erste Hinweise auf zunehmende Konflikt- und Radikalisierungstendenzen unter jungen Einwander_innen nicht zu übersehen. So bestand die für den Anschlag in Barcelona verantwortliche Terrorzelle überwiegend aus marokkanischen Einwanderern der zweiten Generation. Insbesondere mit der Immigration aus Marokko liegt ein gewisses Konfliktpotential vor, das sich religiös-kulturell entladen könnte beziehungsweise sich 2004 mit den Terroranschlägen von Madrid Atocha sowie 2017 in Barcelona bereits entladen hat. Zugleich jedoch ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass Spanien sowohl in historischer wie in politischer Hinsicht ein engeres Verhältnis zur arabischen Welt unterhält als die meisten anderen europäischen Staaten.

DIE ZUSAMMENSETZUNG DER IMMIGRATION NACH HERKUNFTSLÄNDERN

Der größte Teil der Migrant_innen, insgesamt 36 Prozent, stammt aus Lateinamerika. Diese Einwander_innen waren bereits bei ihrer Ankunft sprachlich und kulturell eng mit Spanien verbunden, was ihre Integration zwar nicht garantiert, aber doch zumindest deutlich erleichtert hat.

Weitere rund 18 Prozent der Migrant_innen sind seit dem Zerfall des Ostblocks aus Zentral-, Ost- und

Südosteuropa eingewandert. Dabei handelt es sich bei mehr als der Hälfte (und der bis 2014 größten nationalen Immigrantengruppe) um Rumän_innen, die gegenüber den afrikanischen Immigrant_innen in sprachlicher Hinsicht ebenfalls einen Integrationsvorteil genießen.

Schließlich handelt es sich bei einem schrumpfenden, aber immer noch nennenswerten Teil der Immigrant_innen (ca. 20 Prozent) um Bürger der EU-15-Länder (allen voran aus Großbritannien), also um vergleichsweise wohlhabende Zuwanderer, von denen viele ihren Lebensabend in der spanischen Sonne genießen wollen. Diese Gruppe ist in der Regel sozial abgesichert und nicht auf Integration (etwa über den Arbeitsmarkt) angewiesen.

Tatsächlich stellen Immigrant_innen aus Nordafrika, und hier in erster Linie aus Marokko, mit rund 15 Prozent ethnografisch gesehen die kleinste Gruppe von Migrant_innen in Spanien dar. Angesichts dessen, dass das Pro-Kopf-Einkommen Spaniens beim Zwölfwachen Marokkos liegt, Spanien sich eine Landgrenze mit Marokko teilt und die Straße von Gibraltar der kürzeste Seeweg zwischen Afrika und Europa ist, ist diese Zahl erstaunlich niedrig – und der Einwanderungsbeginn aus Marokko mit den Milleniums Jahren erstaunlich spät.

DIE ZUSAMMENARBEIT DER SPANISCHEN UND MAROKKANISCHEN GRENZSCHUTZBEHÖRDEN

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und Marokko sind nicht konfliktfrei, wie die Spannungen wegen der West-Sahara sowie der beiden spanischen Enklaven Ceuta und Melilla immer wieder zeigen. Dessen ungeachtet ist es Spanien bislang gut gelungen, Marokko in die Sicherung der Land- und Seegrenzen einzubeziehen und die Migrationsströme effektiv zu kontrollieren.

Im Prozess der Wiedererlangung der Souveränität Marokkos Mitte der 50er Jahre hatten sich neben den Franzosen auch die Spanier aus der Rif-Region zurückgezogen. Sie behielten indes die beiden Städte Ceuta und Melilla an der nordafrikanischen Mittelmeerküste unter ihrer Verwaltungshoheit und erklärten sie kurzer Hand zu einem elementaren Bestandteil der spanischen Nation, einer *«espaniolidad»*. Dies macht sie heute zu den einzigen EU-Außengrenzen auf dem afrikanischen Kontinent.

Fast vier Jahrzehnte lang spielten diese Enklaven migrationspolitisch keine größere Rolle. Erst als Spanien 1992 auf Druck der EU eine Visumpflicht für Marokkaner einführte, wurden die beiden Städte schlagartig zum Ziel afrikanischer Migrant_innen, die diese Auflage zu umgehen versuchten. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die EU, welche rund 75 Prozent der Ausgaben trug, errichtete Spanien daraufhin 1993 ein erstes Grenzsicherungssystem um die Enklaven. Der erste Zaun erwies sich indes als ungeeignet zur Unterbindung von Grenzüberschreitungen, so dass man in Ceuta wie später in Melilla im Abstand von fünf Metern jeweils zwei sechs Meter hohe und mit Nato-Draht gespickte Mauern errichtete.

Zudem ergänzte die spanische Regierung unter dem Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero diese physischen

Befestigungen um politische Abmachungen mit Marokko sowie mit elf weiteren Ländern zwischen Mauretanien und dem Senegal: Im Gegenzug zu der Zusage, die eigenen Grenzen zu sichern, Migrationsbewegungen in Richtung Spanien weitgehend zu unterbinden und Migrant_innen ungeachtet ihrer ursprünglichen Herkunft zurückzunehmen, wurde den Regierungen dieser Länder großzügige finanzielle Unterstützung sowie eine kleine Zahl regulärer Einreisevisa zugesprochen. In der Folge vervielfachten sich Spaniens Ausgaben für Hilfgelder in Westafrika, wobei ein großer Teil dieser Gelder in die polizeiliche und militärische Kooperation investiert wurde.

Insgesamt klappt die spanisch-marokkanische Kooperation in dieser diffizilen Angelegenheit reibungslos: Nicht nur an den Grenzzäunen, sondern auch in der Straße von Gibraltar patrouillieren Frontex und die marokkanischen Sicherheitskräfte gemeinsam. Flüchtlinge, denen es gelingt, die Zäune zu überwinden, werden von spanischen Grenzschutzbehörden in Empfang genommen und direkt wieder marokkanischen Grenzpolizisten übergeben. Dieses System der sogenannten »heißen Abschiebung« wird international scharf kritisiert, verwehrt es doch den Flüchtlingen das Recht auf ein Asylverfahren in Spanien. In der spanischen Innenpolitik indes spielt diese Kritik keine Rolle. Vielmehr lobt Spaniens Innenminister die Zusammenarbeit mit Marokko in hohen Tönen und sprach auch wiederholt von einem »Exportmodell« für die EU.

Dessen ungeachtet konnten auch modernste Grenzschutzsysteme periodisch immer mal wieder ansteigende Flüchtlingsanstürme auf Ceuta und Melilla nicht verhindern. Es wird geschätzt, dass ein durchtrainierter junger Mensch – bewehrt mit Haken an den Schuhen und geschützt durch einige Lagen Stoff an seinen Armen – nicht mehr als sechs bis sieben Minuten benötigt, um beide Zäune zu überwinden. Wie erfolgreich er sein wird, hängt dabei in erster Linie davon ab, wie viele Mitstreiter sich zeitgleich mit ihm an das Überklettern machen, denn an der acht Kilometer langen Landgrenze zum Beispiel von Ceuta kann die Grenzschutzpolizei nicht überall gleichzeitig sein. 2005 zum Beispiel sah sich Ceuta fast jeden dritten Tag einem Ansturm auf seine Grenzanlagen ausgesetzt. Am 1. Januar 2017 erreichten in Ceuta immerhin 500 der rund 1.100 gleichzeitig kletternden Flüchtlinge spanisches Territorium. Daraufhin wurden die Grenzzaunanlagen um die Enklaven ein weiteres Mal noch strenger gesichert.

Im Hinblick auf solche »Erfolgsgeschichten« wird immer mal wieder spekuliert, dass Marokko seine Polizei möglicherweise gelegentlich anweist, die Flüchtlingsbewegungen in Richtung der Enklaven nicht mehr zu unterbinden, beispielsweise um ein Druckmittel bei Wirtschaftsverhandlungen mit Spanien bzw. der EU zu haben. Umgekehrt spricht aber auch Vieles dafür, dass in den Jahren nach 2000, als die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften in Spanien groß war, Spanien sogar umgekehrt auf Marokko dahingehend einwirkte, die Grenzkontrollen wieder bewusst zu lockern, um den spanischen Arbeitsmarkt zu entlasten.

Parallel zum Landweg spielte für die Immigration nach Spanien auch der Seeweg lange Zeit eine wichtige Rolle. So wird geschätzt, dass bis 2006 jährlich rund

35.000 Einwander_innen über das Mittelmeer zu den Kanarischen Inseln übersetzten. Das Jahr 2006 bezeichnete in diesem Zusammenhang einen Wendepunkt: Denn als die Krisenjahre in Spanien ihren Schatten voraus warfen, die Kontrollen in den Enklaven spürbar angezogen worden waren und vermehrt Migrant_innen auf den Seeweg zu den kanarischen Inseln auswichen, kam es zu vielen Bootstragödien. Denn obwohl die Küsten Europas und Afrikas hier nahe beieinander liegen, ist dieser Weg höchst gefährlich, da die starke Strömung in der Straße von Gibraltar treibt kleinere Boote in Windeseile auf den Atlantik hinaus treibt. Trotzdem wurden im Sommer 2017 spanische Mittelmeerküsten vermehrt zum Ziel von Bootsflüchtlingen. So landeten im August rund 50 Migrant_innen vor den erstaunten Augen zahlreicher Badegäste an der Costa de la Luz. Die spanische und marokkanische Küstenpolizei ging deshalb gemeinsam mit Frontex zunehmend dazu über, auslaufende Boote noch vor Marokko zu stoppen und zurückzuschicken.

Trotzdem hat zwischen Januar und November 2017 die Zahl der über die Mittelmeerroute nach Spanien Geflüchteten mit rund 21.100 im Vergleich zum Vorjahr um 140 Prozent zugenommen. Über die Hälfte dieser Menschen stammen entweder aus Marokko oder aus Algerien, die übrigen zumeist aus südlicheren Ländern Westafrikas.¹ Insbesondere die Immigration aus Marokko verzeichnet seit 2017 erhebliche Zuwachsraten. Viele Menschen kommen ohne Pass und geben bei den Behörden an, aus einem der Länder zu stammen, mit denen Spanien kein Abschiebeabkommen geschlossen hat, zum Beispiel aus Kamerun.

ÖFFENTLICHKEIT UND POLITISCHES SPEKTRUM

Bilder der mit scharfen Klingen bewehrten Abwehrzäune von Melilla und Berichte über den Einsatz von Gummigeschossen bei Ceuta haben Spanien in der internationalen Presse zwar immer wieder unter Beschuss gebracht. Innenpolitisch jedoch ist die Härte, mit der Spanien seit Beginn der Finanzkrise die Immigrationsversuche in Ceuta und Melilla abweist, nur gelegentlich Gegenstand der politischen oder zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung und stellt keine grundlegende Konfliktlinie der spanischen Innenpolitik dar. Zwar wird die Abschiebung von Marokkaner_innen von Menschenrechtsgruppen angeprangert und ist innenpolitisch durchaus umstritten. Im Prinzip jedoch besteht in Spanien im Hinblick auf die restriktive Handhabung jeder *wirtschaftlich* motivierten Einwanderung in den letzten Jahren weitgehend Konsens.

In der Regel wird die Präsenz von Immigrant_innen in der spanischen Öffentlichkeit auch nicht als ein Problem wahrgenommen. Keine der größeren Parteien oder politischen Bewegungen diskutiert die Immigration als problematisch. Zwar gibt es eine ganze Reihe rechtsradikaler

¹ <http://frontex.europa.eu/news/migratory-flows-in-november-arrivals-down-in-italy-and-greece-rise-in-spain-m5vtmu>.

Tabelle 1

Schlaglichter auf Migration, Flüchtlinge und Asyl in Spanien im europäischen Vergleich

	Spanien	Italien	Frankreich	Deutschland	Polen	EU
Anteil der Ausländer an der Bevölkerung, 2016 / davon aus anderen EU-Ländern, % (Eurostat)	9,5/31	8,3/23	6,6/23	10,5/30	0,4/14	7,2
Herkunftsland der Migrationsbevölkerung / ihr Anteil in % (Eurostat)	Rumänien / 16 Marokko / 15 UK / 7 Italien / 4 China / 4	Rumänien / 22 Albanien / 9 Marokko / 9 China / 5 Ukraine / 5	Keine Angaben	Türkei / 15,6 Polen / 8,1 Italien / 6,4 Rumänien / 5,1 Syrien / 4,9	Keine Angaben	
Asylsuchende:						
– Erstbewerber, 2016	15.570	121.185	75.990	722.265	9.780	1.204.280
– Positive Asylentscheide, 2016	15	5	4510	8515	0	23.190
– Herkunftsländer, 2015 (Positive Asylentscheide, 2016, Eurostat)	Syrien, Ukraine, Palästina	Nigeria, Pakistan, Gambia	Sudan, Syrien, Kongo	Syrien, Albanien, Kosovo	Russland, Ukraine, Tadschikistan	Syrien, Afghanistan, Irak
Die wichtigsten Probleme im Land, % (Eurobarometer 87/2017)	Arbeit: 63 Wirtschaft: 33 ... Immigration: 7	Arbeit: 49 Immigration: 36 Wirtschaft: 25	Arbeit: 50 Terror: 36 ... Immigration: 14	Immigration: 37 Terror: 27 Bildung: 22	Gesundheit/soziale Sicherung: 28 Preise: 23 ... Immigration: 16	Arbeit: 29 Immigration: 22 Gesundheit/soziale Sicherung: 20
Pro-EU-Migrationspolitik, % (Eurobarometer 87/2017)	86	68	67	83	49	

und ausländerfeindlicher Kleinstparteien, doch sind diese weder in den regionalen Parlamenten, noch im nationalen Kongress vertreten, sondern stellen höchstens – als Einzelfälle – in einigen kleineren Städten ein Mitglied des Gemeinderats. Der Populismus ist in Spanien links und nicht ausländerfeindlich, und die seltenen rechten Abspaltungen der konservativen Volkspartei (PP) – wie die Gruppierung VOX, die sich vor den Europawahlen von der PP trennte – wenden sich nicht gegen die Immigration, sondern gegen die Autonomie der Regionen. Umgekehrt sprachen sich in einer Meinungsumfrage des Instituts Metroscopia vom Januar 2017 sogar 80 Prozent ausdrücklich dafür aus, dass Spanien mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte.² Letztlich jedoch rangiert die Flüchtlingsfrage auf der Skala der wichtigsten Probleme des Landes mit weniger als einem Prozent weit hinter Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung an hinterster Stelle. Als viel schwerwiegender gilt die in der Krise gewachsene *Emigration* nicht nur früherer Immigrant_innen, sondern auch gut ausgebildeter junger Spanier_innen.

Dennoch haben die europaweiten Debatten über die großen Migrationsbewegungen vom Sommer 2015 auch in Spanien ihren Niederschlag gefunden. Kennzeichnend ist zunächst, dass im September 2015 kurz vor den Parlamentswahlen alle im Kongress vertretenen Parteien auf Initiative der PSOE eine Erklärung abgaben, in der unter anderem eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik gefordert und Spaniens Bereitschaft erklärt wird, hierzu beizutragen. Auch in Umfragen kommt

die Bereitschaft für eine gemeinsame europäische Lösung zum Ausdruck: Bei einer Umfrage im Eurobarometer zu einer koordinierten EU-Politik (Nummer 87/2017) steht das Land mit 89 Prozent an der Spitze der Befürworter.

Deutlicher Ausdruck dieser Haltung ist der Versuch der seit Mai 2015 von Linksbündnissen regierten Großstädte Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza und Cadix, sich durch eine »Willkommenskultur« zu profilieren. So zielt auch das Rathaus von Madrid immer noch ein großes Banner mit der Aufschrift *Refugees Welcome!* Es handelt sich aber um eine eher symbolische Last ohne Realitätstest: Laut EU-Beschluss soll Spanien pro Jahr 18.000 Flüchtlinge aufnehmen – eine Zahl, die im Vergleich zur Immigration der jüngsten Vergangenheit eher harmlos ausfällt. Die aktuellen Zahlen der Asylsuchenden lagen sogar noch einmal deutlich darunter. Von den fast 1,2 Millionen Asylsuchenden in der EU stellten 2016 gerade mal 15.570 Personen einen Erstantrag in Spanien. Positive Bescheide gab es 2016 ganze 15 (von 23.190 in der EU). Die meisten der Antragsteller_innen wanderten im Zeichen der schwierigen Arbeitsmarktverhältnisse, des intransparenten Asylverfahrens und mageren Unterstützungszahlungen ohnehin weiter gen Norden.

EIN AUSBLICK

Die Zusammenarbeit der italienischen und libyschen Grenzpolizei (beziehungsweise Milizen) hat 2017 zunehmend erfolgreich Migrant_innen davon abgehalten, über die zentrale Mittelmeerroute und Italien nach Europa zu kommen: Die Zahlen reduzierten sich von 180.000 im Jahr 2016 auf 110.000 im Jahr 2017, Tendenz fallend. Spanien spürt seitdem einen wachsenden Migrationsdruck.

² Im September 2015 waren es sogar 86% gewesen; <http://metroscopia.org/el-80-de-los-espanoles-dispuesto-a-que-su-localidad-forme-parte-de-la-red-de-ciudades-refugio/>.

Es kann nicht selbstverständlich davon ausgegangen werden, dass die unkomplizierten Integrationsverfahren, die Spanien während der frühen Einwanderungsjahre und während des Immobilienbooms entwickelt hatte, auch diese Einwanderungswelle tragen werden. Die heutigen Bedingungen des spanischen Arbeitsmarktes sind von den früheren grundverschieden. Es bleibt zu hoffen – und ist indes keinesfalls selbstverständlich – dass die bisher gezeigte erstaunliche Resilienz der spanischen Bevölkerung gegenüber fremdenfeindlichen Bewegungen auch unter diesen veränderten Bedingungen Bestand haben wird. Zugleich ist damit zu rechnen, dass Spanien, analog zu Italien, dazu übergehen könnte, seine Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Grenzregimen weiter zu verstärken. Aus Sicht der beiden Mittelmeeranrainer hat sich dieses Verfahren bewährt. Und solange sogenannte »Ankunftsländer« bei der Bewältigung der Immigration über den Seeweg nicht mehr Unterstützung von den übrigen Ländern der Europäischen Union erhalten, spricht Vieles dafür, dass sich diese Form der Kooperation mit afrikanischen Ländern vermehrt zu einem Modell mit Vorbildfunktion entwickeln könnte.

Impressum

© 2018

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog

Referat Westeuropa / Nordamerika

Hiroshimastraße 28, D-10785 Berlin

<https://www.fes.de/referat-westeuropanordamerika-und-japan>

Bestellungen/Kontakt: FES-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-96250-050-4

Titelmotiv: REUTERS/Susana Vera – stock.adobe.com

Gestaltung: www.stetzer.net

Umsetzung/Satz: pertext, Berlin

Druck: www.bub-bonn.de

Mai 2018

